



Dokumentation

Zur Europaidee und Europapolitik Konrad Adenauers

Zur Europaidee und Europapolitik Konrad Adenauers

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 006/17
Abschluss der Arbeit: 20.03.2017
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Adenauers Europaidee	4
3.	Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949–1963	5
4.	Literaturverzeichnis	8
5.	Anlagenverzeichnis	9

1. Einleitung

Die vorliegende Dokumentation bietet einen Überblick über die theoretischen Grundlagen und die konkrete Ausgestaltung der deutschen Europapolitik unter Konrad Adenauer. Die Außenpolitik des ersten Kanzlers und Außenministers der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den am besten erforschten Bereichen deutscher Nachkriegsgeschichte. Die anschließenden Ausführungen fassen die wesentlichen Thesen der Fachliteratur zusammen, während die Anlagen eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen. Im Folgenden werden zunächst die Ursprünge, Rahmenbedingungen und Ziele der Adenauerschen Europaidee umrissen, gefolgt von einem kurzen Abriss der wichtigsten Meilensteine der deutschen Europapolitik in den Jahren 1949 bis 1963.

2. Adenauers Europaidee

Konrad Adenauer vertrat bereits während seiner Zeit als Oberbürgermeister von Köln (1917–1933) eine auf europäische Verständigungspolitik abzielende Grundhaltung und zeigte eine große Aufgeschlossenheit gegenüber der europäischen Idee und europäischen Lösungen. Seine rheinische Herkunft bedingten ein Gespür für das Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarn Deutschlands, aber auch eine gewisse Abneigung gegen den preußischen Zentralismus, Nationalismus und Militarismus (Loth 2004, S. 40f., Anlage 1). Bereits im Juni 1919, bei seiner Ansprache anlässlich der Neueröffnung der Universität Köln, betonte er die Notwendigkeit „dauernder Völkerversöhnung und Völkergemeinschaft zum Heile Europas“. In den 1920er Jahren befürwortete er die Gründung einer westdeutschen Republik und die wirtschaftliche Verflechtung der Schwerindustrien im Westen Deutschlands mit denen in Lothringen, Luxemburg und Belgien. Zudem trat er der 1922 von Graf Coudenhove-Kalergi gegründeten Paneuropa Union bei, die für ein politisch und wirtschaftlich geeintes, demokratisches und friedliches Europa auf Grundlage des christlich-abendländischen Wertefundaments eintrat. Insofern lag Adenauers Europaidee weniger ein geografischer als vielmehr ein geistig-politischer Europa-Begriff zugrunde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konkretisierte sich Adenauers Europadenken. Der Zusammenbruch Deutschlands, der relative Niedergang Europas und die sich abzeichnende Systemkonkurrenz zwischen den aufsteigenden Weltmächten USA und Sowjetunion manifestierten sich in der Teilung Deutschlands, Europas und der Welt und bedrohten die Sicherheit Europas.

Mit seinem Streben nach Westintegration verfolgte Adenauer im Wesentlichen drei Ziele: Zum ersten verstand er sie als Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität. In diesem Kontext war er strikt gegen die Neutralität der Bundesrepublik und verstand die deutsche Wiedervereinigung als langfristiges Ziel, das aus der Westintegration erwachsen könne. In diesem Punkt unterschied sich seine Position von der anderer führender Christdemokraten. Sein wichtigster innerparteilicher Kontrahent, Jakob Kaiser, befürwortete die Neutralität Deutschlands, um die Teilung des Landes zu verhindern (Weidenfeld 1981, S. 308ff., Anlage 2).

Zum zweiten sollte die dauerhafte Anbindung der Bundesrepublik an das westliche Europa dazu dienen, der von der Sowjetunion ausgehenden „Bedrohung im Osten“ entgegenzuwirken. Diese wurde insbesondere in der Anfangsphase der Bundesrepublik - angesichts der Berlin-Blockade 1948/49, des Februarumsturzes in Prag 1948, des Koreakriegs 1950–53, Stalins Deutschland-Note

von 1952 und der Niederschlagung der Volksaufstände 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn - als sehr real empfunden (Baumgart 1988, S. 611ff., Anlage 3). Die wirtschaftliche, militärische und politische Integration der Bundesrepublik ins westliche Europa sollte sowohl den territorialen Expansionsdrang der Sowjetunion als auch die kommunistische Überlegenheitspropaganda eindämmen. Somit trug die sowjetische Politik dazu bei, dass die westlichen Alliierten und die westeuropäischen Staaten eine Annäherung an den ehemaligen Kriegsgegner Deutschland betrieben.

Zum dritten war Adenauer bestrebt, Westeuropa langfristig als eigenständiges Machtzentrum zu re-etablieren. Die USA hatten den Zweiten Weltkrieg als einzige Kriegspartei relativ unbeschadet überstanden. Angesichts der sowjetischen Expansionsbestrebungen galten sie auf lange Sicht als unerlässlicher Stabilitätsfaktor und Sicherheitsgarant in Europa. Allerdings bestand durchaus die Möglichkeit, dass sich die USA aus Europa zurückziehen oder gar gegen europäische Interessen handeln könnte (Schwarz 1979, S. 474ff., Anlage 4). Eine Einigung Westeuropas war also ebenfalls darauf gerichtet, dessen Stellung auch gegenüber den USA zu stärken. Dieses Motiv wiederum beeinflusste nicht nur Adenauers Europaidee, sondern schwang auch in den Erwägungen anderer westeuropäischer Regierungen, insbesondere der französischen, mit.

Die zentrale Voraussetzung für die Verwirklichung der Adenauerschen Politik war folglich eine relativ große Übereinstimmung seiner Erwartungen an die Westintegration der Bundesrepublik mit denen anderer westeuropäischer Regierungen. Bereits vor der Gründung der Bundesrepublik trieb Adenauer seine Europaidee voran und trat in Kontakt mit Gleichgesinnten. So nahm er als Vorsitzender der CDU in der britischen Zone 1947 an mehreren Konferenzen der Europa-Bewegung teil. Infolgedessen lag schon zu Beginn seiner Amtszeit ein relativ klarer Orientierungsrahmen für seine spätere Europapolitik vor (Weidenfeld 1981, S. 301, Anlage 2).

3. Die Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949–1963

Adenauers Europapolitik zeichnete sich durch einen flexiblen Pragmatismus aus. Dieser drückte sich mitunter dadurch aus, dass Zielprioritäten und Instrumente den internationalen Gegebenheiten angepasst wurden (Weidenfeld 1981, S. 313, Anlage 2). Während die Grundeinstellung „europäisch-aktivistisch“ war, war die Politik selbst in starkem Maß reaktiv und an den Möglichkeiten der jeweiligen Konstellation orientiert (Schwarz 1979, S. 490, Anlage 4).

Die wichtigste Komponente der deutschen Westintegration war die Annäherung an Frankreich. Das deutsch-französische Verhältnis war von Misstrauen geprägt. Deutschland hatte 1919 im Vertrag von Versailles die alleinige Schuld für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf sich nehmen müssen. Frankreich hingegen befürchtete ein Wiedererstarken Deutschlands nachdem deutsche Truppen innerhalb der letzten hundert Jahre viermal einmarschiert waren. Ohne eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich war eine Einigung Europas nicht denkbar. Durch seine Kompromissbereitschaft und sein Eingehen auf die Vorschläge der französischen Seite gelang es Adenauer, ein neues Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Staaten aufzubauen. So konnte die Bundesrepublik in erstaunlich kurzer Zeit aus der wirtschaftlichen Krise der Nachkriegszeit herausgeführt und zu einem geachteten politischen Faktor in der westlichen Welt werden (Baumgart 630). Im Folgenden werden die wichtigsten Stationen der Europapolitik Konrad Adenauers kursorisch umrissen (siehe auch Anlagen 5 und 6).

Beitritt zur Internationalen Ruhrbehörde: Großbritannien, Frankreich, die USA und die Beneluxstaaten hatten am 28. April 1949 die Errichtung der Internationalen Ruhrbehörde vereinbart, der die gesamte Kohle-, Koks- und Stahlproduktion im Ruhrgebiet und angrenzenden Regionen unterstellt wurde, sodass die Bundesrepublik sich nicht aus eigener Kraft wiederbewaffnen konnte. Adenauer setzte sich für den Beitritt der neu gegründeten Bundesrepublik zur Ruhrbehörde ein und vollzog diesen mit seiner Unterzeichnung des Petersberger Abkommen am 22. November 1949. Damit erkannte er die alliierte Kontrolle über die Ruhrindustrie an und akzeptierte, dass der deutsche Delegierte bei Abrüstungs- und Sanktionsmaßnahmen kein Stimmrecht besaß. Im Gegenzug wurden die Demontagen der Alliierten im Westen Deutschlands eingestellt und die Weichen zum Beitritt der Bundesrepublik in internationale Organisationen gestellt.

Gründung der Montanunion: Um die Entwicklung von den einseitigen Besatzungsrestriktionen zur gleichberechtigten Westintegration in Gang zu setzen, brachte Adenauer Ende 1949 und Anfang 1950 die Idee einer deutsch-französischen Wirtschaftsunion ins Spiel. Der französische Außenminister Robert Schuman griff dies in seiner Regierungserklärung am 9. Mai 1950 auf, als er eine Fusion der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion anregte. Adenauer signalisierte unmittelbar seine Zustimmung für den Schuman-Plan. Bereits im Juni 1950 begannen Verhandlungen über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zwischen Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und den Benelux-Staaten, die am 18. April 1951 zur Gründung der Montanunion führten. Damit war die Diskriminierung, die die Bundesrepublik in der Ruhrbehörde hinnehmen musste, aufgehoben.

Beitritt zum Europarat: Im Petersberger Abkommen verpflichtete sich die Bundesregierung auch, dem am 5. Mai 1949 von zehn europäischen Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden) gegründeten Europarat beizutreten. Am 30. März 1950 wurde der Bundesrepublik - wie auch dem französisch kontrollierten Saargebiet - angeboten, sich dem Rat als assoziiertes Mitglied, also ohne Vertretung im Ministerrat, anzuschließen. Trotz der Ungleichbehandlung und der Befürchtung, dass die Aufnahme des Saargebietes die Teilung Deutschlands vertiefen könnte, trat die Bundesrepublik im August 1950 dem Europarat als assoziiertes Mitglied bei. Schon am 2. Mai 1951 erhielt sie die Vollmitgliedschaft. Auch die Saarfrage löste sich nach der Volksabstimmung über die Zukunft des Saarlandes vom 23. Oktober 1955 im bundesdeutschen Sinne.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG): In November 1949 hatte Adenauer in einem Interview angedeutet, sich mit deutschen Kontingenten an einer „europäischen Streitmacht“ beteiligen zu wollen. Am 24. Oktober 1950 unterbreitete der französische Ministerpräsident René Pleven der französischen Nationalversammlung den Vorschlag, eine europäische Armee unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland zu gründen. Ziel der Initiative war es, eine effektive kontinentale Verteidigungsmacht zu schaffen. Am 27. Mai 1952 unterzeichneten Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und die drei Beneluxstaaten den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Der EVG-Vertrag scheiterte schließlich am 30. August 1954, als die französische Nationalversammlung, einen Souveränitätsverlust befürchtend, seine Ratifizierung ablehnte.

Beitritt zur NATO: Als Antwort auf sowjetische Aggressionen in Mittel- und Westeuropa vereinbarten Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten am 17. März 1948 in Brüssel den Aufbau einer militärischen und strategischen Kooperation. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts gründeten die sechs Brüsseler-Pakt-Mitglieder, die USA, Kanada und sechs weitere europäische Staaten ein transatlantisches kollektives Verteidigungsbündnis,

den Nordatlantikpakt (NATO). Nach dem Scheitern der EVG setzte sich Adenauer für den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO ein. Im Rahmen der Verhandlungen über die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 wurde die Erweiterung des Brüsseler Pakts zur Westeuropäischen Union (WEU) und damit die deutsche Mitgliedschaft in der NATO vorbereitet und mit ihrem Inkrafttreten am 5. Mai 1955 vollzogen. Zeitgleich trat der Deutschlandvertrag in Kraft, der das Besatzungsstatut ablöste und der Bundesrepublik „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ zusprach.

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM): Auf Vorschlag des belgischen Außenministers Paul-Henri Spaak beschlossen die Außenminister der Montanunionstaaten im Juni 1955, ihre Zusammenarbeit auf das gesamte Gebiet der Wirtschaft auszudehnen und verabschiedeten eine Entschliebung zur Errichtung eines Gemeinsamen Marktes sowie einer europäischen Organisation zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. Unter dem Eindruck des Ungarischen Volksaufstandes und der Suezkrise reiste Adenauer Anfang November 1956 zu Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet nach Paris. Das Treffen bereitete den Weg für die Römischen Verträge. Es wurden Kompromisse geschlossen, auf deren Grundlage es in den folgenden Wochen gelang, in Brüssel zu allen bis dahin strittigen Fragen übereinstimmende Regelungen zwischen den sechs Montanunionstaaten zu finden. Am 25. März 1957 wurden die römischen Verträge zur Gründung von EWG und EURATOM unterzeichnet. Anfang 1958 nahmen die drei Europäischen Gemeinschaften in Brüssel ihre Arbeit auf.

Élysée-Vertrag: Ab 1958 bemühten sich Adenauer und der neue französische Ministerpräsident Charles de Gaulle um eine Weiterentwicklung der europäischen Integration. Bereits bei seinem ersten Treffen mit de Gaulle regte Adenauer einen permanenten Dialog zwischen Frankreich und der Bundesrepublik an. Die französische Regierung war Anfang der 1960er Jahre bestrebt, die supranational ausgerichtete EWG durch eine stärker intergouvernemental geprägte Kooperation, ein „Europa der Vaterländer“, zu ergänzen oder gar zu ersetzen. Nachdem de Gaulles Pläne zur Gründung einer Europäischen Politischen Union am Widerstand der Beneluxstaaten scheiterten, unterstützte Adenauer eine engere politische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Achtzehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs unterzeichnete er am 22. Januar 1963 mit Präsident de Gaulle den Élysée-Vertrag über die deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit. Darin schrieben die Vertragspartner einen verbindlichen Konsultationsmechanismus, Absprachen zur Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik und eine enge Zusammenarbeit in der Kultur- und Jugendpolitik fest.

Wenige Wochen vor seinem Tod zog Adenauer in einer Rede im Ateneo-Palast in Madrid Bilanz. Er rekapitulierte die bisherigen Fortschritte des europäischen Einigungsprozesses. Zugleich betonte er jedoch, dass - aufgrund der Schnelligkeit, mit der sich Machtverschiebungen vollzogen hätten, des Vorhandenseins von Supermächten und der Unübersehbarkeit der Entwicklung „Rotchinas“ - „die außenpolitische Gefahr für Deutschland, für Europa, so groß ist wie noch nie zuvor.“ Er zog daraus den Schluss, dass Europa durch diese „Gefährlichkeit der Lage“ zur schnellen politischen Einigung gezwungen sei, um „seine besonderen Interessen zu wahren, und damit seine Existenz als Faktor des Weltgeschehens“ zu erhalten (Anlage 7).

4. Literaturverzeichnis

Baumgart, Winfried (1988): Adenauers Europapolitik, in: Dickerhof, Harald (Hrsg.): Festgabe Heinz Hürten zum 60. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1988, S. 609-631, online: <http://ubm.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2010/2378/pdf/doc.pdf>.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2007): Konrad Adenauer und die Europäische Integration: Eine Ausstellung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, online: https://www.uni-hildesheim.de/media/ub/kas_10397-544-1-30.pdf.

Loth, Wilfried (2004): Konrad Adenauer und die europäische Einigung, in: König, Mareike und Matthias Schulz (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000: Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen, Franz Steiner Verlag : Wiesbaden, S. 39-60. M576088

Schuhkraft, Corina (2002): Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al.: Deutsche Europapolitik: Von Adenauer bis Merkel, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S.15-46-

Schwarz, Hans-Peter (1979): Adenauer und Europa, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), S. 471–525, online: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4_1_schwarz.pdf.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (2007): „Europa muss geschaffen werden“: Konrad Adenauer zur Einigung Europas. Eine Auswahl an Reden und anderen Dokumenten, Rhöndorfer Hefte, Publikationen zur Zeitgeschichte Heft 12. P 5118610

Weidenfeld, Werner (1981): Seine Sorge hieß Europa: Konrad Adenauer, in: Jansen, Thomas und Dieter Mahncke: Persönlichkeiten der Europäischen Integration: Vierzehn biographische Essays: Europa Union Verlag: Bonn, S. 289-336. M435853

5. Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Loth, Wilfried (2004): Konrad Adenauer und die europäische Einigung

Anlage 2: Weidenfeld, Werner (1981): Seine Sorge hieß Europa: Konrad Adenauer

Anlage 3: Baumgart, Winfried (1988): Adenauers Europapolitik

Anlage 4: Schwarz, Hans-Peter (1979): Adenauer und Europa

Anlage 5: Schuhkraft, Corina (2002): Die Anfänge deutscher Europapolitik

Anlage 6: KAS (2007): Konrad Adenauer und die Europäische Integration

Anlage 7: Adenauer (1963): Rede im Ateneo in Madrid